

Positionspapier der SVP Kanton Luzern

Klimapolitik: Innovation statt Repression



Verfasser:
Patrick Zibung
Büttenenstrasse 11
6006 Luzern
patrick.zibung@svpluzern.ch
076 586 80 82

Abstract

Dieses Positionspapier dient den Vertretern der SVP als Argumentarium bei Podien und Interviews und stellt die Basis der Kommunikation im Bereich der Klimapolitik dar. Das Positionspapier basiert auf dem Parteiprogramm der SVP Kanton Luzern und versucht Lösungen für die Klimapolitik zu nennen, die den bekannten Positionen der SVP nicht zu wider laufen. Mit dem Positionspapier werden Forderungen aufgestellt, die dem Umweltschutz dienen, ohne dass etwas verboten oder verteuert wird. Es werden dabei unter anderem die Landwirtschafts- und Migrationspolitik angesprochen. An konkreten Beispielen soll gezeigt werden, was SVP-Vertreter wie Bauern, Unternehmer und Hausbesitzer bereits heute umsetzen.

Das Positionspapier hat nicht zum Ziel die Meinung und Haltung der SVP Kanton Luzern zu verändern, sondern es soll aufzeigen, dass wir nicht grün werden müssen, sondern uns in diesem Bereich kommunikativ besser in Szene setzen. Denn wir sind bereits grün und das ohne staatliche Eingriffe!

Inhaltsverzeichnis

1. Unserer Standpunkte	4
1.1. Forschung und Innovation statt Repression	4
1.2. Wirtschaft	5
1.3. Landwirtschaft	6
1.4. Verkehr	6
1.5. Migrationspolitik	7
2. Was die Unternehmer der SVP Kanton Luzern für die Umwelt machen	8
3. Linke Argumente und Gegenargumente	9
4. Vermeintliche Lösungen kritisch betrachtet	11
4.1. E-Mobilität	11
○ Lithiumgewinnung	
○ Kobaltgewinnung	
○ Neue Abhängigkeiten	
4.2. Windenergie	12
○ Landschaftsbild	
○ Lärmbelastung	
○ Vögel und Insekten	
4.3. Solarenergie	13
○ Produktion Solarzellen	
○ Landschafts- und Gebäudeschutz	
5. Alternativen zu den Mainstream-Ökolösungen	13
5.1. Wasserstoff	13
5.2. Synthetische Brennstoffe	14
5.3. Kernenergie	14
6. Zusammenfassung	16
7. Quellen	18

1. Unsere Standpunkte

1.1. Forschung und Innovation statt Repression

- Fördergelder stärken den Forschungsstandort Schweiz. Dieses Geld soll durch Umverteilung aus anderen Budgetposten bereitgestellt werden.
- Ein guter Forschungsstandort lockt internationale Unternehmen an.
- Das Geld für den Forschungsausbau ist vorhanden, würde es nicht zweckentfremdet.
- Mit dem Referendum gegen das Energiegesetz kämpften wir für den Erhalt von umweltschonenden Elektroheizungen und –boilern.
- Wir sind für die Forschung im Bereich der Kernenergie.
- Innovation und Forschung sorgen für die Zeit vor, wenn fossile Energieträger aufgebraucht sind.

Dass es Klimaveränderungen gibt ist eine Tatsache, die Gründe dafür sind aber nicht eindeutig. Denn Klimaveränderungen hat es schon vor der Industrialisierung gegeben. Es dürften letztlich mehrere Gründe zusammenkommen - ein wichtiger ist der Mensch. Was wir uns fragen müssen, ist: Was sind die Folgen der Veränderung und wie können wir uns darauf vorbereiten, bzw. wie können wir die negativen Auswirkungen mindern? Dies sind die entscheidenden Fragen, und nicht, ob der Mensch schuld ist oder nicht. Denn selbst wenn der Mensch der Hauptgrund für die Klimaveränderung ist, wäre es illusorisch zu glauben, dass wir in der Schweiz etwas Entscheidendes dagegen ausrichten können. Die Schweiz macht lediglich ein Versprechen des weltweiten CO₂-Ausstosses aus^[1]. Selbst wenn wir also unseren CO₂-Ausstoss auf 0 reduzieren würden, würde dies keine Auswirkungen auf das Klima haben. Es hätte aber gravierende Auswirkungen auf unseren Wohlstand, unsere Wirtschaft und unseren Forschungsstandort. Die Herausforderungen im Klimabereich sind somit ein globales Problem, welches auch global gelöst werden muss.

Wir müssen das Klimaproblem lösen. Aber dafür dürfen wir nicht alle anderen Bereiche einfach ausblenden. Es wird auch in Zukunft um eine Vielzahl von Fragen gehen: Sicherheit, wirtschaftliche Entwicklung, gute Bildung, hochstehende Gesundheitsversorgung und vieles mehr. Wir müssen deshalb den Überblick behalten und pragmatisch bleiben.

Die Schweiz als kleines Land sollte nicht in eine übertriebene Klimahysterie verfallen, sondern seine Stärken nutzen, um mit den möglichen Folgen des Klimawandels umgehen zu können. Dazu brauchen wir eine hochstehende Forschung und gute Bildung. Dies muss aber finanziert werden können. Und zwar mit Mitteln, die nur von einer leistungsstarken Wirtschaft mittels Steuern bereitgestellt werden können. Die Devise im Kampf gegen den Klimawandel muss also lauten: **Starke Wirtschaft und starker Forschungsstandort erarbeiten Lösungen. Strafen, Verbote und Steuererhöhungen hingegen nicht.**

Denn Nachhaltigkeit kennt nicht nur die ökologische Ebene, sondern auch die ökonomische und soziale. Ökologische Massnahmen müssen finanzierbar sein und von der Bevölkerung getragen werden.

Durch die Förderung von Innovation und Forschung im Bereich der Umweltwissenschaften kann die Schweiz einerseits als Forschungsstandort gestärkt werden und dadurch attraktiv für Firmenansiedlungen werden. Das unterstützen wir. Diese Unternehmen bezahlen in der Schweiz ihre Steuern und ermöglichen dadurch wiederum höhere Investitionen oder investieren gar selber in die Forschung. Wir unterstützen, dass dies mittels Absetzbarkeit von den Steuern gefördert wird.

Es ist falsch, wenn wir diese Firmen einerseits durch die Erhöhung der direkten Steuern vertreiben und sie andererseits durch indirekte Abgaben wie CO₂-Steuern und die generelle Verteuerung der Energie massiv belasten. Gerade energieintensive Unternehmen, die Produkte in der Schweiz fertigen, werden dadurch belastet und wandern ab. Die Folgen der zu teuren Energie (neben anderen Faktoren wie die Lohnkosten) sehen wir bereits heute: Deindustrialisierung und Jobverluste im sekundären Wirtschaftssektor. Weiter ist eine

wirtschaftsfeindliche Politik, durch eine ausufernde Bürokratie und steuerliche Belastungen, auch aus ökologischer Sicht unsinnig. Die Firmen, die aus der Schweiz abwandern, werden nicht aufhören zu produzieren. Sie verlagern die Produktion oftmals in Länder mit äusserst prekären Umweltstandards. Somit wird zum einen die Umwelt durch eine umweltschädlichere Produktion belastet und zum anderen werden die Produkte dennoch in der Schweiz konsumiert, was bedeutet, dass die Produkte tausende Kilometer weit transportiert werden müssen. Die SVP Kanton Luzern setzt sich daher für eine lokale Produktion ein, die durch attraktive Rahmenbedingungen und ohne Zwang am besten erhalten werden kann. So hat die SVP Kanton Luzern das kantonale Energiegesetz 2018 mit dem Referendum bekämpft. Einer der Hauptkritikpunkte war, dass innert 15 Jahren Elektroheizungen und –boiler ersetzt werden müssen. Funktionierende Geräte ersetzen zu müssen ist weder ökologisch noch wirtschaftlich nachhaltig.

Investitionen in erneuerbare Energien sind nicht nur aus ökologischer Sicht sinnvoll. Denn früher oder später werden die nicht regenerativen Energieträger aufgebraucht sein. Darauf müssen wir uns vorbereiten, resp. wir dürfen es gar nicht erst soweit kommen lassen. Das Setzen auf erneuerbare Technologien macht uns zudem unabhängig von Ölförderstaaten. Wobei sich hier die Frage stellt, ob wir uns dann nicht wiederum von andern Staaten abhängig machen. Darauf gehen wir im Kapitel 3 bei der E-Mobilität ein.

1.2. Wirtschaft

- Wir fördern durch tiefe steuerliche Belastung die lokale Produktion und verhindern lange Transporte.
- Jeder Unternehmer hat eine innere Motivation die Energiekosten zu senken, staatliche Vorschriften sind kontraproduktiv und ökonomisch nicht nachhaltig.
- Umweltschonende Investitionen sollen steuerlich absetzbar sein.
- Die SVP unterstützt Wasserstoff als Alternative.

Die Wirtschaft braucht wenig Bürokratie, damit es sich lohnt in der Schweiz zu produzieren. Für das setzen wir uns seit Jahren ein. Dies war mit ein Grund, weshalb wir die kantonale Umsetzung des Energiegesetzes bekämpft haben, denn energieintensive Firmen können damit zu unverhältnismässig teuren Einsparungen gezwungen werden, die ihnen die Konkurrenzfähigkeit rauben. Kontrollmassnahmen führen zu steigenden Produktionskosten, was insbesondere für international tätige Firmen in der Schweiz zu Wettbewerbsnachteilen führt und Neuansiedlungen solcher Firmen erschwert. Dies schadet dem Werkplatz Schweiz und dem Kanton Luzern.

Energiesparmassnahmen sind ökologisch zwar oft nachhaltig, sie müssen aber auch wirtschaftlich nachhaltig sein. Es ist wirtschaftlich gerade nicht nachhaltig, wenn eine funktionierende Infrastruktur vorzeitig aufgrund gesetzlicher Vorgaben entsorgt werden muss. Auch diese Anlagen müssen ordentlich abgeschrieben werden können, um dann nach deren Lebensdauer mit einer neuen und umweltfreundlicheren Anlage ersetzt zu werden. Damit das Geld in energiesparsame Investitionen fliesst, braucht es positive Anreize, wie etwa die Absetzbarkeit von den Steuern. Die steuerliche Bestrafung von umweltschädlichen Investitionen, die oft nur das Ziel haben, den Staatshaushalt mit neuen Einnahmen zu alimentieren, ist hingegen falsch. Positive Anreize statt Bestrafung ist unsere Forderung. Dieser Grundsatz gilt für uns im privaten wie auch wirtschaftlichen Bereich.

Dass solche staatlichen Eingriffe nicht nötig sind, zeigen die unzähligen Unternehmer in unserer Partei, die freiwillig Energiesparmassnahmen umsetzen. So haben beispielsweise Nationalrat Franz Grüter und seine Firma Green.ch sehr viel Geld in die Energieeffizienz investiert. Die IT-Anlagen sind auf dem neusten Stand und ein Teil des Strombedarfs wird von der hauseigenen Solaranlage gespiesen.

1.3. Landwirtschaft

- Produzierende Landwirtschaft reduziert umweltschädliche Importe
- Bauern (Subventionen) in Randgebieten fördern die Artenvielfalt
- Investitionen in Nachhaltigkeit müssen gänzlich von den Steuern absetzbar sein

Wie bei der Wirtschaftspolitik ist es der SVP Kanton Luzern ein Anliegen, dass wir die lokale Produktion fördern und erhalten. Wir setzen uns deshalb für eine produzierende Landwirtschaft ein, welche sich wieder mehr um die Produktion kümmern kann. Bio-Anbau führt zu einem kleineren Eigenernährungsgrad und erhöht dadurch umweltschädliche Importe. Bio als Standard beurteilen wir deshalb als kritisch. Direktzahlungen sollen in erster Linie für die Produktion gesprochen werden. Zu einer intakten Umwelt tragen unsere Bauern wesentlich bei. Sie leben mit und von der Natur und diese gehört als Grundlage zu ihren obersten Prioritäten. Immer weitergehende Vorschriften und Marktöffnungen im Bereich Landwirtschaft beurteilen wir deshalb kritisch. Denn nicht nur aus Sicht der Ernährungssicherheit macht es Sinn, die inländische Produktion zu stärken, sondern auch dem Klima schulden wir es, dass unsere Landwirtschaftsprodukte nicht über tausende Kilometer zu uns transportiert werden müssen. Dank der Politik der SVP konnten bisher weitergehende Marktöffnungen unterbunden werden, was direkt auch der Umwelt zu Gute kommt. Die SVP stärkt damit auch die Bauern in den Rand- und Bergregionen, wo nur extensive Landwirtschaft möglich ist. Dank diesen Bauern wird in Randgebieten die Vergandung des Landes verhindert, die Bauern erhalten dafür zu Recht Direktzahlungen, indem sie dort die Biodiversität fördern und erhalten. Durch das Verhindern der Vergandung wird die Artenvielfalt erhalten. In diesen Gebieten befürworten auch wir die aktuelle Landwirtschafts- und Direktzahlungspolitik.

Unsere Bauern sind aber nicht nur für die Pflege der Landschaft zuständig, sondern investieren auch in Innovationen. So wie die Familie Bucher aus Luzern, welche ihren Hof grösstenteils automatisiert hat und den dadurch erhöhten Energieverbrauch mit der eigenen Solaranlage deckt. Ihr Hof ist damit nicht nur umweltfreundlich, sondern auch viel effizienter, was grössere Produktionsmengen ermöglicht und damit klimaschädliche Importe reduziert. Solche Investitionen wollen wir von der SVP Kanton Luzern fördern, indem wir durch steuerliche Entlastungen positive Anreize setzen. Wer nachhaltig investiert, soll diese Investitionen vollständig von den Steuern abziehen können.

1.4. Verkehr

- Pro-Kopf-Ausstoss von CO₂ hat seit 2000 stark abgenommen.
- Grossteil des Verkehrswachstums geschieht wegen der Zuwanderung.
- Konstante Geschwindigkeiten senken den Treibstoffverbrauch und CO₂-Ausstoss.
- Kapazitätsausbauten sind deshalb nötig.
- 2% der Schweiz sind mit Strassen bebaut, die 100% der Wertschöpfung generieren.

Der Verkehr (inkl. ÖV) macht heute 39% des gesamten CO₂-Austosses der Schweiz aus^[2]. Die Kritik, dass der Verkehr seinen Betrag zum Klimaschutz nicht leiste, trifft nicht zu. In absoluten Zahlen nahm der CO₂-Ausstoss zwar seit 2000 um 3% zu^[3], es wird dabei aber konsequent ausgeblendet, dass der Verkehr allein seit dem Jahr 2000 um 30% zunahm^[3]. Dieses Wachstum ist hauptsächlich auf die unkontrollierte Zuwanderung (+1.3 Mio. seit 2000, +18%) zurück zu führen. Pro Kopf oder Kilometer hat der CO₂-Ausstoss abgenommen. Die SVP setzt sich daher für die Begrenzung der Zuwanderung ein. Es ist unehrlich zu behaupten, dass die Personenfreizügigkeit keine ökologischen Folgen hat.

Entgegen anderslautender Behauptungen wird unser Land nicht zubetoniert, wenn neue und nötige Strassen gebaut werden. Die Zahlen des BFS zeigen, dass nur 2% der Landesfläche

vom Verkehr (inkl. ÖV) beansprucht werden (davon 88% von MIV)^[4]. Vergessen geht dabei jeweils, dass auf diesen 2% der Grossteil der Wertschöpfung geschieht und ohne leistungsfähiges Verkehrsnetz kein einziger Steuerfranken erwirtschaftet würde.

Der Schadstoffausstoss von Verbrennungsmotoren konnte in den letzten 30 Jahren dank Innovation und Forschung massiv reduziert werden^[6]. Deshalb fordern wir von der SVP auch in diesem Bereich weitere Investitionen. Mehr dazu unter Punkt 5.

Neben dem Ausbau der Strasse, unterstützt die SVP auch den Ausbau des Öffentlichen Verkehrs. So setzen sich unsere Luzerner Nationalräte für den Durchgangsbahnhof Luzern ein, welcher ebenfalls dazu beitragen wird, dass der Wirtschaftsstandort Luzern und die ganze Zentralschweiz besser erreicht werden kann. Wir setzen uns für ein leistungsfähiges Gesamtverkehrssystem ein, in dem alle Verkehrsarten den Bedürfnissen der Bevölkerung entsprechend Platz haben. Ein gegeneinander Ausspielen der Verkehrsträger lehnen wir ab. So darf es nicht sein, dass der MIV durch schönmalerisch bezeichnete ÖV-Fördermassnahmen mehr und mehr eingeschränkt und behindert wird. So hat unsere Jungpartei die Antistauinitiative lanciert, mit dem Ziel, dass keine Kapazitäten im Strassenverkehr abgebaut werden können. Weitere einschränkende Massnahmen wie Kapphaltestellen oder Dossierungsanlagen werden dadurch künftig verhindert, in der Hoffnung, dass das dadurch gesparte Geld gewinnstiftend für alle Verkehrsarten investiert wird.

1.5. Migration

- Pro Kopf sank der CO₂-Ausstoss seit 1990 um 31,4%
- Aufgrund der Zuwanderung sank der gesamtschweizerische CO₂-Ausstoss jedoch nur um 9,9%
- Wegen der Zuwanderung sinkt der Selbsternährungsgrad – Lange Transporte werden nötig.

Mehr Einwohner brauchen Platz, konsumieren, verursachen Schadstoffausstoss und hindern uns, die gesetzten Klimaziele zu erreichen. Es wird regelmässig verschwiegen, dass die Klimaziele in Bezug auf den CO₂-Ausstoss in absoluten Zahlen, also bezogen auf die ganze Schweizer Volkswirtschaft, gesetzt sind und nicht pro Einwohner. So hat sich der CO₂-Ausstoss pro Kopf in der Schweiz von 6.88 (1990) auf 4.72 Tonnen im Jahr 2016 reduziert^[5]. Das ist eine Reduktion von 31.4%. Währenddessen hat sich der CO₂-Ausstoss der ganzen Schweiz lediglich um 9.9% reduziert, von 53'590'000 Tonnen (1990) auf 48'290'000 Tonnen (2016)^[5]. Die Einsparungen wurden somit durch die Zuwanderung wieder zu Nichte gemacht. Die SVP Kanton Luzern fordert deshalb, dass sich die Klimaziele auf den pro Kopf Verbrauch beziehen müssen, solange die unkontrollierte Zuwanderung nicht in geordnete Bahnen geleitet wird.

Die Zuwanderung beschleunigt den Landverbrauch. Dadurch nimmt entweder die Zersiedelung zu oder der Dichtestresse bei den Menschen steigt. Innere Verdichtung mag ökologisch nachhaltig sein, sozial nachhaltig ist sie hingegen nicht. Durch innere Verdichtung nimmt die Belastung der Infrastruktur zu, teure Unterhalts- und Ausbauarbeiten werden nötig. Unser bewährtes Mittel lautet deshalb auch hier: Begrenzung der Zuwanderung.

Mehr Einwohner konsumieren auch mehr, dadurch sinkt der Selbstversorgungsgrad und umweltschädliche Importe mit langen Transportwegen werden nötig. So sank der Selbstversorgungsgrad 2016 erstmals unter 50%. Unabhängig von den Gründen im Jahr 2016^[7] muss man zum Schluss kommen, dass der Selbstversorgungsgrad ohne masslose Zuwanderung deutlich höher wäre.

Die masslose Zuwanderung ist einer der Gründe für die Umweltprobleme. Politische Mitbewerber wollen die Probleme angehen, indem sie die Schweizer in ihrer Lebensqualität einschränken. Wir wollen hingegen die Zuwanderung einschränken, damit wir innerhalb unserer Landesgrenzen eine hohe Lebensqualität haben und die Umwelt entlasten.

2. Was die Unternehmer der SVP für die Umwelt machen

Armin Müller, Landwirtschaft

Armin Müller ist als Unternehmer für den Bau von Biogasanlagen tätig. Biogasanlagen speichern Gas, das bei der Vergärung entsteht, und verbrennen dieses, um es umzuwandeln. Solche Anlagen liefern CO₂-freie und umweltfreundliche Energie aus Gasen, die als Nebenprodukt entstehen.



Fotos: Gasspeicher und Blockheizkraftwerk

Franz Grüter, IT-Branche

Die Firma Green.ch wurde vom Bundesamt für Energie mit dem Prix Watt d'Or ausgezeichnet. So setzt Green.ch an ihren Standorten auf CO₂-neutrale Solarenergie, mit der ein Teil des Energiebedarfs gedeckt werden kann. Ebenso ist Green.ch stets bemüht, in nachhaltige und energieeffiziente Infrastruktur zu investieren. Das Energiemanagementsystem von Green.ch erreicht die ISO 50001 Zertifizierung, welche weltweit hochangesehen ist.



Foto: Green.ch, Lupfig

Familie Bucher, Landwirtschaft

Vor wenigen Jahren hat die Familie Bucher ihren Bauernhof automatisiert. Diverse Roboter sorgen nun für einen Grossteil des Milchwirtschaftsbetriebs. Dadurch können heute rund doppelt so viele Kühe gehalten werden. Die Familie Bucher leistet damit einen wichtigen Beitrag an die lokale Produktion. Der Bedarf an Energie wird CO₂-neutral



Foto: Bauernhof Familie Bucher, Luzern

durch die hauseigene Solaranlage gedeckt^[8]. Förderprogramme helfen bei der Umsetzung solcher Projekte, was wir unterstützen.

Angela Lüthold-Sidler, Bau und Holzindustrie

Die Firma Sidler & Co. Nottwil AG legt grossen Wert auf Nachhaltigkeit, indem sie beispielsweise nicht verwertbares Holz zur Energiegewinnung nutzt und so rund 170 Haushalte und das eigene Betriebsareal (12000qm) mit Wärmeenergie versorgt. Das Holz dazu ist nicht nur eigenes Abfallholz, sondern es wird auch Holz angeliefert, um die Auslastung der Anlage zu verbessern. Bevor das Holz verfeuert werden kann, wird es von



Foto: Wassertanks für die Speicherung von Fernwärme

einem Hacker mit Elektromotor zerkleinert. Die Luft aus den Brennkammern wird so stark gereinigt, dass sie 8 Mal weniger Feinstaub enthält wie die Umgebungsluft. Die gefilterte Asche kann im Anschluss problemlos dem natürlichen Kreislauf wieder zugefügt werden. Da die Betonproduktion viel Wasser verbraucht, kommt bei Sidler & Co. Nottwil AG. Eine Schlammpressanlage^[15] zum Einsatz, die sauberes Wasser zurückgewinnt und so den Wasserverbrauch verringert. Das daraus entstehende Abfallmaterial wird umweltschonend entsorgt und recycelt. Die Firma Sidler & Co. Nottwil AG. Investiert laufend in Photovoltaikanlagen auf ihren Betriebsgebäuden. So werden neben dem eigenen Betriebsgelände rund 190 Haushalte mit erneuerbarem Strom versorgt. Durch diese Massnahmen können rund 430 Tonnen CO₂ eingespart werden.

Grundsätzlich sind all unsere Unternehmer daran interessiert, ihre Energiekosten zu senken und energiesparende Investitionen zu tätigen. Unabhängig davon, ob Lenkungsabgaben erhoben werden oder nicht. Nachhaltige Investitionen können unserer Meinung nach gefördert werden, indem man positive Anreize schafft, bspw. durch steuerliche Absetzbarkeit. Damit kann bestehende Infrastruktur schneller abgeschrieben werden ohne dadurch finanzielle Nachteile zu haben. Das ist ökologisch und ökonomisch nachhaltig.

3. Argumente und Gegenargumente

Grüne: Wir sind verpflichtet den CO₂-Ausstoss zu halbieren, wir haben das Klimaabkommen von Paris unterzeichnet.

Das Klimaabkommen von Paris ist nicht direktdemokratisch legitimiert. Das Volk hat zwar der Klimastrategie 2050 zugestimmt, dies aber nachdem es mit der Ratifizierung des Pariser Abkommens vor vollendete Tatsachen gestellt worden war. Hätte man das Abkommen bei der Abstimmung nicht bereits unterzeichnet gehabt, hätte das Resultat vielleicht anders ausgesehen. Ausserdem schafft dieses Abkommen massive Nachteile für uns. Die Schweiz muss ihren Treibhausgasausstoss bis 2030 halbieren, während beispielsweise China seinen CO₂-Ausstoss bis 2030 ungehindert ansteigen lassen kann. Alles was hier mit enormen

Anstrengungen gemacht wird, macht China innert Kürze wieder zunichte. Der zweitgrösste CO₂-Emittent, die USA, ist wegen dieser Ungleichheit aus dem Pariser Abkommen ausgestiegen. Die USA und China werden also ihre CO₂-Ausstösse ungehindert wachsen lassen. Diese beiden Länder verursachen bereits heute rund 46% der weltweiten CO₂-Ausstösse, weshalb es illusorisch ist zu glauben, dass die Schweiz irgendetwas gegen den Klimawandel ausrichten kann. Weiter wird die Bevölkerungsexplosion in Afrika zu mehr CO₂-Ausstoss führen, was unsere Anstrengungen ebenfalls zunichtemacht^[11]. Stattdessen sollte die Schweiz in Innovation und Forschung investieren, um Mittel und Wege gegen den Klimawandel zu finden. Die Resultate daraus können verbreitet werden und bewirken dadurch viel mehr, als wenn die Schweiz sich mit Lenkungsabgaben und Verboten selbst schadet. Die Schweiz kann in punkto CO₂-Ausstoss durchaus ein Vorbild sein. Aber wir müssen uns ehrlich eingestehen, dass die direkten Auswirkungen auf das Klima verschwindend klein sein werden.

Grüne: Es braucht ein rasches und radikales Handeln und Umdenken, wenn der Klimawandel gestoppt werden soll.

Überstürztes Handeln führt zu Wohlstandseinbussen und wird somit von der Gesellschaft nicht akzeptiert. Unser Wohlstandsniveau ist nötig, um die hohen Umweltstandards erhalten und finanzieren zu können und darf deshalb nicht gesenkt werden. Will man Fortschritte erzielen, müssen Wirtschaft und Gesellschaft diese mittragen. Dies bedingt, dass eben auch bei ökonomischen und sozialen Aspekten Nachhaltigkeit hochgehalten wird.

Grüne: Mehr Strassen führen zu mehr Verkehr.

Falsch. Wenn mehr Strassen neuen Verkehr erzeugen, zeigt dies, dass der Staat die Bedürfnisse der Bevölkerung in der Vergangenheit zu wenig beachtet hat. Mehr Leute führen zu mehr Verkehr. Wenn das Argument wahr wäre, hätten die Strassen bereits 1960, als man vorausschauend genügend Kapazitäten schuf, innert Kürze voll sein müssen. Bis die Massenzuwanderung begann, haben diese Kapazitäten aber an den meisten Orten gereicht. Ein gutes Strassennetz sorgt dafür, dass die Wirtschaft sich entwickelt. Wir sind überzeugt, dass das gewollte Wirtschaftswachstum ab 1950 massgeblich durch die gute Verkehrsinfrastruktur erreicht werden konnte. Wir wollen auch weiterhin eine wachsende Wirtschaft, die ökologische Nachhaltigkeit finanzieren kann, und fordern deshalb, dass die Strassenverkehrsinfrastruktur der Nachfrage angepasst wird.

Grüne: Der CO₂-Ausstoss muss im Inland reduziert werden, Auslandkompensationen sollen nicht gezählt werden dürfen.

CO₂-Zertifikate können international gehandelt werden. Diese Zertifikate haben einen bestimmten Preis, den Unternehmen bezahlen müssen, die zu viel CO₂ ausstossen. Dieses Geld wird dann irgendwo auf der Welt investiert, mit dem Ziel, mindestens genauso viel CO₂ einzusparen, wie der Käufer des Zertifikates zu viel ausgestossen hat. Massnahmen zum Klimaschutz sind in ärmeren Ländern viel günstiger, so dass mit dem gleichen Betrag viel mehr für den Klimaschutz getan werden kann, als wenn man teure Massnahmen in der Schweiz umsetzen würde. Zudem wird dadurch je nach Art der Investition die lokale Wirtschaft in Drittweltländern gestärkt. Bei der Auslandkompensation kann so gar von Entwicklungshilfe gesprochen werden. Für das Klima ist es irrelevant wo das CO₂ eingespart wird, deshalb sind wir der Meinung, dass das vorhandene Geld dort investiert werden soll, wo es die grösste Wirkung entfalten kann.

4. Vermeintliche Lösungen kritisch betrachtet

4.1. E-Mobilität

Lithiumgewinnung^[9]

- ...verschärft Wasserknappheit in Regionen mit Lithiumvorkommen.
- ...zerstört ganze Landschaften.
- ...bedroht einheimisch Völker Südamerikas.
- ...zerstört Ökosysteme.

In einer herkömmlichen Batterie eines Elektroautos stecken 20 – 30 kg Lithium. Schätzungen besagen, dass rund 55% dieses Rohstoffs in der Atacamawüste im Länderdreieck von Chile, Bolivien und Argentinien liegt. Die Atacamawüste ist aufgrund seiner geographischen Lage eine der trockensten Regionen der Welt. Sie ist dünn besiedelt, mit Bauern, die gerade so mit dem vorhandenen Wasser auskommen.

Seitdem Europas Staaten beschlossen haben, dass der Verbrennungsmotor schlecht und die E-Mobilität gut ist, ist die Gewinnung von Lithium in der Atacamawüste massiv ausgebaut worden. Damit Lithium gewonnen werden kann, muss das in Wasser gelöste Leichtmetall tief aus dem Boden gepumpt werden. Das ausgepumpte Gemisch wird in Becken an der Oberfläche gesammelt, wo es über Monate verdunstet. Diese Becken nehmen gewaltige Flächen ein, so dass Lithiumminen schnell eine Ausdehnung von mehreren dutzend Quadratkilometern erreichen können. Diese Becken verbrauchen täglich unzählige Millionen Liter Wasser. Der Flächen- und Wasserverbrauch führt zu lokalen Klimaveränderungen, es wird noch trockener. Er entzieht der lokalen Bevölkerung die Lebensgrundlage und zerstört ganze Ökosysteme. Und das unmittelbar und nachweislich. Die bereits heute massive Umweltzerstörung in der Region soll in den nächsten Jahren durch eine Vervierfachung der Lithiumproduktion auf 350'000 Tonnen jährlich noch verstärkt werden. Man ist damit bereit, zu Gunsten eines guten Gewissens am anderen Ende der Welt ganze Ökosysteme zu zerstören, ganz nach dem Motto: Aus den Augen aus dem Sinn.

Kobaltgewinnung^[9]

- ...geschieht im Kongo zu erheblichen Teilen durch Kinderarbeit.
- ...wird unter menschenunwürdigen Bedingungen betrieben.
- ...bringt Afrika keinen Wohlstand, Schürfrechte gehören grösstenteils China.

Die Demokratische Republik Kongo fördert rund zwei Drittel des weltweiten Kobaltbedarfs. Der Abbau ist grösstenteils in chinesischen Händen. Diese Firmen setzen als Arbeitskräfte Chinesen und nicht, wie es etwa sinnvoll wäre, Einheimische ein. Die Einheimischen sind dadurch gezwungen, auf eigene Faust, mit primitivsten Mitteln und ohne Sicherheitsvorkehrungen in Kleinstminen das Kobalt zu schürfen. Todesfälle und Unfälle gehören zur Tagesordnung. Oft wird diese Arbeit durch Kinder verrichtet. Mit unserer Nachfrage nach Kobalt und durch die staatliche Anreizpolitik fördern wir solch unmenschliche Zustände.

Neue Abhängigkeiten

Die nötigen Rohstoffe für die E-Mobilität befinden sich in chinesischen Händen. Die Gegner von fossilen Energieträgern behaupten stets, dass wir uns mit der Abkehr von fossilen Brennstoffen von Abhängigkeiten lösen können. Es wird damit ein falsches Bild suggeriert, nämlich, dass wir damit komplett unabhängig wären. Das stimmt so aber nicht, denn die Rohstoffe für Batterien kommen grösstenteils aus China oder die Schürfrechte ausserhalb

Chinas befinden sich im Besitz chinesischer Konzerne. Mit der Erhöhung der Nachfrage nach Seltenen Erden (90% des Vorkommens liegt in China) und anderen Rohstoffen in chinesischem Besitz, stärken wir die Stellung des kommunistischen Chinas. Dass China bereit ist, diese Macht zu seinen Gunsten auszunutzen, zeigt sich im aktuellen Streit mit den USA, wo China angekündigt hat, keine seltenen Erden mehr in die USA zu liefern. Zudem machen wir uns damit von Rohstoffen abhängig, für die es keine Substitute gibt, bzw. die nicht synthetisch hergestellt werden können. Erdölprodukte können bereits heute synthetisch hergestellt werden und sind erst noch CO₂-neutral. Darauf gehen wir unter Kapitel 5, „Alternativen zu den Mainstream Ökolösungen“, detaillierter ein.

Ob wir nun lieber von den Chinesen alleine oder von verschiedenen Erdöl produzierenden Ländern abhängig sein wollen, muss jeder für sich entscheiden, unter Berücksichtigung der Vor- und Nachteile der verschiedenen Antriebsarten. Zurzeit überwiegen für die SVP Kanton Luzern die Vorteile des Verbrennungsmotors, weshalb eine weitere Einschränkung dieser Technologie nicht zielführend ist. Wir sind offen für alle Antriebsarten und fordern Innovationen in allen Bereichen, die zu einer ökologischeren und sozial verträglicheren individuellen Mobilität führen.

Weitere negative Aspekte der E-Mobilität

Für die E-Mobilität muss die Infrastruktur umgebaut werden, was Kosten in Milliardenhöhe bedeutet. Und das ohne Mehrwert für den Verbraucher, denn dieser ist weder schneller noch ökologischer unterwegs. Es wird ihm lediglich vorgegaukelt, dass er umweltschonend unterwegs ist.

Investitionen ins Stromnetz werden zwingend. Das Stromnetz wird durch das Laden von vielen Elektroautos grossen Schwankungen ausgesetzt. Kommt hinzu, dass durch die Abkehr von der Kernkraft künftig weniger Bandenergie (Strom, den konstanten Energiebedarf deckt) und mehr Flatterenergie (Energie, die nur unregelmässig und zu Unzeiten verfügbar ist) auf dem Markt sein wird. Dadurch wird die Energieversorgung gefährdet und es ist mit Stromlücken zu rechnen.

Das unregelmässige Vorhandensein von Energie und die zunehmende Einbindung in den europäischen Strommarkt könnten dazu führen, dass am Ende das vermeintlich saubere E-Auto mit dreckigem, deutschem Kohlestrom getankt wird. Dadurch würde sich die Ökobilanz eines E-Autos nochmals massiv verschlechtern.

Rechnet man all diese sogenannte Graue Energie (jener Energieverbrauch, der nicht direkt bei der Benützung sondern bei der Produktion anfällt) ein, so sieht die Ökobilanz von E-Autos sehr schlecht aus. Zum Vergleich: Ist die Graue Energie eingerechnet, stösst ein vergleichbarer Dieselmotor 10 – 25% weniger CO₂ aus^[11].

Als SVP setzen wir uns deshalb gegen staatliche Förderung und Bevorzugung von Batterie betriebenen Elektroautos zur Wehr. Denn mit der Förderung von Batterie betriebenen Elektroautos setzen wir für die Umwelt und die Natur schädliche Prozesse in Gang. Wirtschaft und Gesellschaft müssen sich unabhängig von staatlichen Zwängen für eine Antriebsart entscheiden können.

4.2. Windenergie

Windenergie bietet in der Schweiz ein zu kleines Potential, um fossile und nukleare Energieträger zu ersetzen. Einzelne Projekte unterstützen wir je nach Situation, wir sind aber nicht bereit den Kanton Luzern und die Schweiz mit Windrädern voll zu bauen. Der Landschaftsschutz ist uns wichtig. In unserem relativ dicht bebauten Kanton Luzern ist mit

grossen Widerständen aus der betroffenen Bevölkerung zu rechnen, was Verzögerungen und Verhinderungen solcher Projekte verursachen wird.

Windräder verursachen nachweislich Lärmbelästigung durch Lärm im Tieffrequenzbereich. Dieser Lärm kann zu Krankheiten führen^[14] und stört Tiere, was zur Abnahme der Biodiversität führt. So hat die WHO^[15] erst kürzlich Richtwerte definiert, wie laut eine Windturbine sein darf. Ausführliche Langzeitstudien dazu fehlen momentan leider, weshalb wir finden, dass man in diesem Bereich Vorsicht walten lassen sollte. Das Gleiche gilt für den Einfluss auf die Tierwelt, wobei sich das Ausmass teilweise erkennen lässt: Man findet immer wieder tote Vögel unterhalb der Windturbinen und muss in gewissen Gebieten die Rotorblätter regelmässig von toten Insekten reinigen.

Des Weiteren liefern Windräder Flatterstrom, der nicht immer verfügbar ist. So hängt die Stromproduktion stark von der Jahreszeit und vom Wetter ab. Durch unregelmässige Stromproduktion setzen wir unser Stromnetz grossen Schwankungen aus, was wiederum grosse Investitionen erfordert, um diese Schwankungen abfedern zu können, und wir laufen Gefahr, noch abhängiger vom Ausland zu werden.

4.3. Solarenergie

Je nach Ort der Herstellung weisen Solarzellen eine sehr schlechte Ökobilanz auf. In China wird ein Grossteil der weltweit produzierten Solarzellen hergestellt. China setzt bei der Produktion grösstenteils auf dreckigen Kohlestrom, was die Ökobilanz von Solarzellen massiv verschlechtert. Durch die Subventionspolitik der chinesischen Regierung wurden viele europäische Hersteller verdrängt^[18]. Dadurch wurde nicht nur die Produktion umweltschädlicher sondern auch längere Transporte nach Europa wurden nötig. Werden die Solar in Zellen so umweltfreundliche wie möglich hergestellt, so produzieren sie das 9-10-fache der Energie die für ihre Produktion investiert werden musste^[19]. Eine Förderung solcher Anlagen ist wünschenswert.

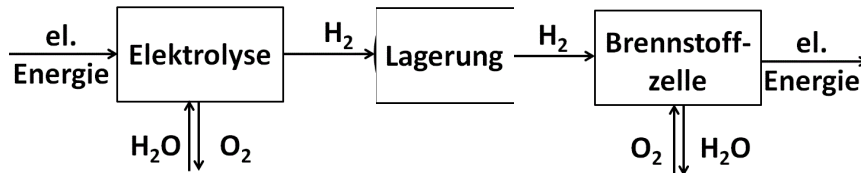
Wir fordern deshalb, dass der Kanton Luzern bei der Beschaffung und Subventionierung von Solaranlagen auf die Herkunft achtet und Solarzellen aus schmutziger Produktion nicht unterstützt bzw. auf den eigenen Immobilien keine solchen installiert. Wir wünschen uns zudem Massnahmen, die die Langlebigkeit von Solaranlagen fördern und so die Ökobilanz dieser sauberen Energiegewinnung verbessern.

5. Alternativen zu den Mainstream-Ökolösungen

5.1. Wasserstoff

Wasserstoff als Energielieferant bietet den Vorteil, dass das Auto wie beim Verbrennungsmotor einfach und schnell betankt werden kann. Der Wasserstoff wird im Tank „zwischenlagert“, bevor er in der Brennstoffzelle in elektrische Energie umgewandelt wird. Das Freisetzen der Energie erzeugt keine Schadstoffe und ist CO₂-neutral, sofern die Gewinnung des Wasserstoffs mit Energie aus erneuerbaren Quellen geschieht. Wasserstoff bietet damit auch die Möglichkeit, überschüssige Energie zu speichern. Weitere Vorteile liegen auf der Hand: Keine Batterien sind nötig, lange Ladezeiten entfallen, das Reichweitenproblem ist gelöst und es werden deutlich weniger problematische Rohstoffe wie Lithium oder Kobalt benötigt. Brennstoffzellen die aus Wasserstoff Energie gewinnen, können überall eingesetzt werden wo mit elektrischer Energie gearbeitet wird. Werden die Brennstoffzellen mit Wasserstoff betrieben, der mit erneuerbaren Energie erzeugt wurde, so haben diese ein wesentlich bessere Ökobilanz wie Batterie betriebene Elektroautos oder –heizungen^[17].

Will man weg von den fossilen Brennstoffen, so braucht es gleichwertigen Ersatz. Wasserstoff als Energielieferant ist in unseren Augen ein solcher und verdient deshalb gefördert zu werden.



Wasserstoff ist eines der häufigsten Elemente der Erde und kann durch Elektrolyse aus Wasser gewonnen werden. Als Nebenprodukt entsteht dabei lediglich Sauerstoff. Bei der „Verbrennung“ und Freisetzung von Energie, reagiert Wasserstoff dann wieder mit Sauerstoff, als einziges Abfallprodukt entsteht dabei Wasser.

5.2. Synthetische Brennstoffe

Synthetische Brennstoffe lassen sich CO₂-neutral herstellen, wenn die Produktion mit erneuerbarer Energie geschieht. Bei der Herstellung wird CO₂ aus der Luft oder aus Industrieanlagen verwendet, wovon man durch chemische Prozesse den Kohlenstoff (C) abspaltet und mit Wasserstoff (H) und andern Stoffen zu neuen chemischen Verbindungen wie Benzin oder Heizöl verbindet. Kommt bei diesen Arbeitsschritten erneuerbare Energie zum Einsatz, sind synthetische Brennstoffe eine CO₂-neutrale Alternative. Die Schweiz könnte so ihre eigenen Treibstoffe produzieren und wäre im Gegensatz zur Elektromobilität komplett unabhängig vom Ausland. Audi arbeitet bereits an der Serienreife und rechnet damit, dass in wenigen Jahren die ersten synthetischen Treibstoffe auf den Markt gebracht werden können. Diese Treibstoffe können problemlos über das bestehende Tankstellennetz vertrieben werden, teure Investitionen in neue Infrastrukturen entfallen und synthetische Treibstoffe können mit den herkömmlichen Motoren verwendet werden. Diese Treibstoffe verbinden damit die Vorteile des heutigen Antriebs mit CO₂-neutraler Mobilität und können für uns deshalb ein Teil der Lösung sein, den wir weiter verfolgen und fördern wollen. Ob und wann solche Treibstoffe marktreife erreichen werden, ist noch unklar^[16]. Investitionen in diesem Bereich, und grundsätzlich in nachhaltige Innovationen, müssen aber von den Steuern abgesetzt werden können. Wir erachten deshalb die einseitige Förderung der Elektromobilität (z.B. tiefere Mfz.-Steuern) und der unüberlegte Ausbau der Ladeinfrastruktur als falsch.

Momentan ist die Produktion energieintensiv und daher teuer, jedoch dürften sich die Skaleneffekte sofort bemerkbar machen, da es kein neues Produkt ist, sondern sich lediglich die Produktion ändert. Eine mit Zeit- und Kostenaufwand verbundene Umstellung der Kundschaft (wie bei andern Antriebsarten) ist daher nicht nötig. Gegenüber den herkömmlichen fossilen Treibstoffen haben synthetische Treibstoffe also keine Nachteile.

5.3. Kernenergie^{[12] [13]}

Kernenergie ist bei Bedarf ein Teil der Lösung, wenn der CO₂-Ausstoss durch eine verstärkte Elektrifizierung reduziert werden soll. Es ist illusorisch zu glauben, man könne den kompletten Energiebedarf mit erneuerbarer Energie decken. Denn erneuerbare Energiegewinnung liefert sehr unregelmässig Energie. Wir machen uns mit einem verfrühten Ausstieg aus der Kernenergie noch mehr abhängig vom Ausland und gefährden dadurch die

Versorgungssicherheit. Heute stammen rund 40% des Stroms aus AKWs, weitere 10% des importierten Stroms stammen dabei aus AKWs aus dem Ausland. Wir sind deshalb der Meinung, dass wir lieber eigene AKWs betreiben, in denen wir unsere hohen Sicherheitsstandards haben, statt den Atomstrom aus einem grenznahen, ausländischen AKW zu beziehen, auf dessen Sicherheit wir keinen Einfluss haben. Wir sind aber vor allem aus Kostengründen dennoch nicht für den Bau neuer AKWs der aktuell dritten Generation, sondern sind der Meinung, dass die bestehenden Anlagen, solange sie sicher sind, weiter betrieben werden sollen. Dies respektiert auch den Willen des Volkes, welches den Bau neuer AKW's nicht unterstützt. Es soll aber auch kein Denk- und Forschungsverbot geben. Sollten es neuste Generationen von AKWs ermöglichen, dass die Energieerzeugung sicher und die Endlagerung problemlos machbar ist, dann soll es möglich bleiben, solche AKWs zu bauen und zu betreiben.

Wir setzen uns dafür ein, dass die technologische Entwicklung auch in diesem Bereich weitergehen soll und sehen auch hier nennenswerte Verbesserungen bezüglich Sicherheit auf uns zukommen. Bereits heute sind AKWs der Generation 3+ im Bau. Die Erfahrungen mit solchen Anlagen aus dem Ausland sollen in die Beurteilung der Kernkraft und in Diskussionen einfließen. Ein Technologieverbot lehnen wir ab.

Zusammenfassung

Die SVP Kanton Luzern lehnt den Aufbau eines riesigen ökologischen Besteuerungsapparats ab. Unabhängig davon, ob das Geld in irgendeiner Art an die Bevölkerung zurückverteilt wird oder nicht. Sämtliche Lenkungsmaßnahmen, die wir in der Schweiz einführen, haben global betrachtet keine Relevanz, schaden aber unserem Wirtschafts- und Forschungsstandort im Verhältnis zum Nutzen überproportional. Unsere wirtschaftliche Stärke führt zu hohen Steuereinnahmen, die wir in Forschung und Innovation investieren wollen. Innovationen sind skalierbar und können somit durch deren Export und die weltweite Verbreitung ein Vielfaches dessen bewirken, was sozial und wirtschaftlich nicht nachhaltige Lenkungsabgaben bewirken würden.

Wir unterstützen Massnahmen zum Umweltschutz, welche unmittelbar wirken. So befürworten wir Massnahmen im Bereich der Biodiversität. Wir sehen hier Handlungsbedarf, denn das Insektensterben kann zu einer existentiellen Bedrohung für die Menschen werden, wenn beispielsweise Pflanzen nicht mehr oder ungenügend bestäubt werden. Hier leisten unsere Bauern bereits heute einen grossen Beitrag.

Wir sind für hohe Umweltstandards in allen Bereichen. Gesetze, die zu besserer Luft- oder Wasserqualität führen, unterstützen wir. Wir sind der Überzeugung, dass wir in diesem Bereich schon sehr viel erreicht haben und wollen, dass bei weitergehenden Gesetzen ein gesamtheitlicher Blick gewahrt wird und minimale Verbesserungen nicht zu grossen Einschränkungen und Nachteilen in gewissen Bereichen führt. Für uns zählt immer die Gesamtsicht.

Wir setzen uns für eine nachhaltige Entwicklung bei der Raumplanung ein. Der Wildwuchs der letzten Jahrzehnte wurde zurecht gestoppt, eine massvolle Entwicklung und Erweiterung der Siedlungsflächen muss aber weiterhin möglich sein. Insbesondere wenn die Bevölkerung weiter wächst.

Wir wollen, dass Förderprogramme^[10] für nachhaltige Renovationen weitergeführt und stellenweise ausgebaut werden. Lange Wartezeiten bis Geld gesprochen wird, sollen verkürzt werden, damit nachhaltige Investitionen attraktiv und finanzierbar sind. Auch günstige Kredite und Anschubfinanzierungen in diesem Bereich sollen möglich sein und falls nötig ausgebaut werden.

Wir fordern deshalb, dass innerhalb des vorhandenen Budgets Geld neu verteilt wird, um Forschung und Nachhaltigkeit zu unterstützen. Erst wenn diese Mittel nicht mehr ausreichen, befürworten wir eine Erhöhung von Abgaben und Steuern, um Forschung und Innovation sowie Förderprogramme zu finanzieren.

Wir wollen auch weiterhin eine wachsende Wirtschaft, die ökologische Nachhaltigkeit finanzieren kann, und fordern deshalb, dass die Strassenverkehrsinfrastruktur der Nachfrage angepasst wird. Staus verursachen volkswirtschaftliche Schäden von 1.6 Mia, mit steigender Tendenz, und führen durch erhöhten Schadstoffausstoss zu Umweltschäden.

Wir setzen uns für weniger Regulierungen ein, die nachhaltige Investitionen behindern. Insbesondere im Gebäudebereich müssen die Vorschriften gelockert werden.

Wir sind gegen Denk- und Forschungsverbote im Technologiebereich und die einseitige Bevorzugung einzelner Antriebe. Es sollen sich jene Technologien durchsetzen, welche die beste Gesamtbilanz aufweist. Der Staat muss dabei dem Markt genügend Spielraum belassen. Die SVP Kanton Luzern unterstützt die Forschung und Technologien von effizienter und ökologischer Energiespeicherung. Wer die Energiespeicherung beherrscht ist ökonomisch und ökologisch im Vorteil.

Wir fordern die steuerliche Absetzbarkeit von ökologisch nachhaltigen Investitionen.

Wir fordern mehr Geld für die Bildung im Bereichen Naturwissenschaften und Technik, um die nötige Innovation und Forschung zu fördern. Dieses Geld dafür soll primär durch Effizienzsteigerungen und Kürzungen in anderen Bereichen zur Verfügung gestellt werden und nicht durch eine Erhöhung der Steuereinnahmen.

**Unser Beitrag gegen den Klimawandel:
Innovation statt Repression, positive steuerliche
Anreize, keine Lenkungsabgaben**

Wirtschaft:

- Lokale Produktion durch attraktive Rahmenbedingungen (tiefe Steuern, weniger Bürokratie etc.) fördern
- Produktionsmittel nicht vor Ablauf der Lebensdauer verbieten

Konsum:

- Lokale und produzierende Landwirtschaft stärken um Langstreckentransporte zu verhindern
- Direktzahlungen für Produktion

Gebäude:

- Kein Verbot für bereits eingebaute Elektro- und Ölheizungen
- Keine Erhöhung der Brennstoffabgaben
- Positive steuerliche Anreize für Investitionen in Energiesparmassnahmen

Verkehr:

- Keine Erhöhung der Treibstoffabgaben
- Umweltschonende Fahrzeuge durch positive Anreize fördern
- Forschung zu allen Antriebsarten fördern

**Fundament: Wirtschaftliche Entwicklung
Tiefe Steuern und Abgaben, wenig Vorschriften**

Quellen:

- [1] Schweizer Anteil beim CO₂-Ausstoss unterschreitet die Promillegrenze, www.erdoel.ch
- [2] Schweizer Anteil beim CO₂-Ausstoss unterschreitet die Promillegrenze, www.erdoel.ch
- [3] <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/mobilitaet-verkehr.html>
- [4] <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/mobilitaet-verkehr/unfaelle-umweltauswirkungen/umweltauswirkungen.html>
- [5] ADAC: Tempo 30 – Pro & Contra, Seite 14
- [6] Watson: So hat sich der CO₂-Ausstoss der Schweizer in den letzten 28 Jahren verändert
- [7] www.landwirtschaft.ch: Netto-Selbstversorgungsgrad erstmals unter 50 Prozent
- [8] Landwirtschaft: In Littau steht der Bauernhof der Zukunft
- [9] Youtube: ZDF HD planet e Der wahre Preis der Elektroautos
- [10] Kanton Luzern: Förderprogramme Energie
- [11] Christoph Buchal, Hans Dieter Karl und Hans Werner Sinn: Kohlemotoren, Windmotoren, Dieselmotoren: Was zeigt die CO₂-Bilanz? S. 52 Post Scriptum
- [12] Vattenfall: Die Zukunft der Kernenergie
- [13] Augsburger Allgemeine: Wie die Kernkraft zum Klimaretter werden soll
- [14] www.spiegel.de: Lärm von Windturbinen kann krank machen
- [15] Weltgesundheitsorganisation: Leitlinien für Umgebungslärm, für die europäische Region, Zusammenfassung, S. 7.
- [16] <https://www.audi-mediacyber.com/de/pressemitteilungen/audi-treibt-e-fuels-technologie-voran-neuer-treibstoff-e-benzin-im-testeinsatz-9912>
- [17] <https://www.admin.ch/gov/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-58126.html>
- [18] Basler Zeitung: Die verheerende Bilanz von Solarenergie
- [19] Solarenergie: Aktuelle Fakten zur Photovoltaik in Deutschland, S.39ff

Weiterführende Links:

Focus Online: Schwedische Studie rechnet vor: CO₂-Bilanz eine Elektroautos ist ein Desaster

FAZ: Wie umweltfreundlich ist das Elektroauto wirklich?

www.hanswernersinn.de, Studie: Kohlemotoren, Windmotoren, Dieselmotoren: Was zeigt die CO₂-Bilanz? (Post Scriptum S. 52 ist besonders lesenswert)

Biodiversität: <https://www.blick.ch/storytelling/2019/tiervielfalt/>

www.zeit.de: Wasserstoff in Dieselform